„Der Courier" ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER" IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax St., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 18. April 1923 | 12 Seiten | Nummer 24

Aus der Dominion

Neueinteilung der Wahlkreise

Von Ottawa wird berichtet, daß das parlamentarische Komitee, das die Neueinteilung der Dominion-Wahlkreise zu arrangieren hat, zufriedenstellende Fortschritte in seiner Arbeit macht.

Was unsere Provinz Saskatchewan anbetrifft, so wird sie nach der Neueinteilung 21 anstatt 16 Abgeordnete haben. Die fünf neuen Kreise werden ungefähr wie folgt sein:

Yorkton, südlich von Mackenzie gelegen und aus diesem Kreis herausgeschnitten.

Carrot River, aus dem östlichen Teil des Wahlkreises Prince Albert gebildet.

Rosetown, aus dem nördlichen Teil von Kindersley, dem westlichen Teil des Wahlkreises Saskatoon und dem südöstlichen Teil des Kreises Nord Battleford gebildet.

Last Mountain, aus dem westlichen Teil des Wahlkreises Regina und einem Teil des jetzigen Last Mountain Kreises gebildet.

Willow Bunch, aus dem südlichen Teil des Wahlkreises Moose Jaw bestehend.

Die übrigen 16 Wahlkreise werden ihre jetzigen Namen behalten.

Regina City wird einen eigenen Abgeordneten haben.

Bekanntlich wird ungefähr jedes 10. Jahr, nach der Volkszählung, eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen, wenn sich die Bevölkerung des Landes bedeutend verschoben hat. Die Provinz Quebec hat immer 65 Abgeordnete und wenn man die jeweilige Bevölkerungszahl Quebecs mit 65 dividiert, erhält man die Zahl der Bewohner, die in jeder Provinz zu einem Abgeordneten berechtigt sind.

An der recht bedeutenden Zunahme der Zahl unserer Abgeordneten im nächsten Landes-Parlament erkennt man die Zunahme der politischen Bedeutung des Westens. Nicht nur Saskatchewan, sondern alle West-Provinzen werden eine größere Zahl Vertreter in der nächsten Dominionwahl zu wählen haben. Die ganz im Osten liegenden Provinzen, wie Nova Scotia und New Brunswick, werden im nächsten Parlament weniger Abgeordnete haben als jetzt.

Wollen Hudson's Bay Bahn

Letzte Woche wurde eine Delegation von angesehenen Männern des Westens bei der Regierung in Ottawa vorstellig und verlangten eine baldige Fertigstellung der Hudson's Bay Bahn. Der Führer der Abordnung war Herr J. A. Campbell, Kommissär für Nord-Manitoba, und neben ihm sprachen auch Hon. J. G. Gardiner, Minister für Wegebauten in Saskatchewan, und Hon. A. P. McNab, Minister für öffentliche Arbeiten in Saskatchewan. Weitere Mitglieder der Abordnung waren die Herren F. E. Simpson, Dauphin, Man.; W. E. Sharp, Moose Jaw, Repräsentant der assoziierten Handelskammern von Saskatchewan; C. C. Hill, Melfort; J. F. Reid, Yorkton; W. Lussier, Arborfield, und Geo. Edwards, Vertreter der Vereinigung ländlicher Munizipalitäten von Saskatchewan. Man sieht, daß Saskatchewan sehr stark in der Delegation vertreten war, was sich daraus erklärt, daß unsere Provinz besonders an der Fertigstellung der Bahn interessiert ist, weil Saskatchewan unter allen Provinzen Canadas bei weitem am meisten Getreide produziert und ausführt.

Die Abordnung verlangte einen baldigen Beginn der Ausbau-Arbeiten und meinte, daß man damit nicht später als Juni anfangen sollte. Die Arbeitssaison im Norden sei verhältnismäßig kurz und dürfe darum keine Zeit verloren werden. Wenn die Regierung die Arbeit ernstlich in Angriff nähme, würde man im Westen zufrieden sein, selbst wenn die Bahn dies Jahr nicht ganz fertiggestellt werden sollte.

Während die Abordnung bei dem amtierenden Eisenbahnminister vorstellig war, kam auch Premier Hon. Mackenzie King in den Verhandlungssaal und gab der Abordnung die Zusicherung, daß die Regierung den Wünschen der Bewohner des Westens so weit als möglich entgegenkommen werde.

Hon. Geo. P. Graham sagte, er sei durchaus für den Ausbau der Bahn. „Ich kann Sie alle dessen versichern," sagte er, „daß, wenn wir das Geld bekommen — und ich werde das Geld dafür in den Ergänzungs-Voranschlägen einstellen — wir sofort mit der Arbeit vorangehen werden." Er fügte noch hinzu, daß nach seiner Meinung die Bahn nach Port Nelson und nicht nach Fort Churchill gebaut werden sollte.

Nennt „Wheat-Board" nutzlos

Von Winnipeg wird berichtet, daß die Wheat-Board-Gesetz-Debatte diese Woche noch zum Abschluß kommen wird. Herr Sanford Evans, (Konservativ, Winnipeg) wird wahrscheinlich der Maßnahme stark opponieren. Er soll der Ansicht sein, daß ein „Wheat Board" den Farmern des ganzen Westens eher schaden als nützen wird. Besonders ist er der Ueberzeugung, daß die Farmer der Provinz Manitoba durch den Board Schaden haben werden, da ja der Preis für den frühesten Weizen West-Canadas immer hoch ist, während er später, wenn Saskatchewan und Alberta mit ihrem Getreide auf den Markt kommen, heragbeht. Wenn der Wheat-Board nun einen gleichmäßigen Preis erzielt, würde der Farmer Manitobas einen gewissen Verlust haben im Vergleich zu den Farmern in den weiter westlich gelegenen Provinzen, deren Ernte später kommt.

Hopkins' Majorität ist auf 1,582 gestiegen.

Moose Jaw. — Die Majorität des progressiven Kandidaten Hopkins über seinen liberalen Gegner Knowles beträgt jetzt 1,582 und stehen nur noch die Resultate von 6 Polls aus. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen für beide Kandidaten stellen sich bis heute wie folgt: E. N. Hopkins 8,814; W. E. Knowles 7,232.

Papst gibt 200,000 Lire für deutsche Kinder

Berlin, 17. April. — Papst Pius hat 200,000 Lire für die an Tuberkulose leidenden deutschen Kinder, die sich in der Schweiz zur Erholung befinden, beigetragen, wie hier angekündigt wurde.

Eine weitere Ankündigung konstatiert, daß das Methodistische Europäische Hilfs- und Kinderwohlfahrts-Komitee Kinder von der Ruhr nimmt und sie in der Schweiz und in ländlichen Gegenden von Deutschland unterbringt.

Farmer-Premier von Ontario spricht

Ende Juni findet die Provinzwahl in Ontario statt und werden die Wähler zum ersten Mal in der Geschichte Canada's die Gelegenheit haben, ihr Urteil abzugeben über eine von den Vereinigten Farmern oder Progressiven gegebene Verwaltung. Je nachdem das Urteil ausfällt, wird die Stärke der und die Zuversicht in den Reihen des Progressiven des ganzen Landes zu- oder abnehmen.

Hon. E. C. Drury, der Premierminister, erklärte dieser Tage, daß er nicht ein engherziger Klassenmensch sei. Er würde nicht allein die Unterstützung von Mitgliedern der „Vereinigten Farmer von Ontario" (U. F. O.) annehmen, sondern halte alle die als Freunde und Unterstützer seiner Partei, die in Stadt und Land mit den Grundsätzen und Zielen der Progressiven übereinstimmten. Er erklärte sich dahin, daß, sollte seine Partei nicht die absolute Majorität in der nächsten Legislatur haben, er bereit sein werde, Unterstützung von irgend einer Partei des Hauses anzunehmen. Er machte es dann noch besonders klar, daß er und seine Partei für eine scharfe Durchführung des Temperenzgesetzes oder der Prohibition seien. Es ist in dieser Beziehung also in Ontario wie in Saskatchewan: die Ver. Farmer sind offiziell und entschieden für Prohibition.

Soviet führt Krieg gegen Kirchen in Süd-Rußland

Moskau, 17. April. — Laut Berichten von Südrußland haben dort Sovietanhänger massenhafte antireligiöse Kundgebungen in Szene gesetzt, bei denen Kirchen und Kapellen zerstört worden sind. Besonders stark macht sich die anti-religiöse Bewegung in Odessa und Umgegend geltend.

Polnischer Einfall in Deutsch-Schlesien befürchtet

Berlin, 17. April. — Einer Depesche zufolge, die bei der Nationalzeitung einlief, bieten Anzeichen rühriger Tätigkeit auf der polnischen Seite der Grenze Anlaß zu der Befürchtung, daß Polen einen Einfall in den deutschen Teil Schlesiens plant. Es heißt, daß dieser von Frankreich geplant sei, das, einsehend, daß der Ruhreinfall sich als Fehlschlag erwiesen, auf diesem Wege hofft, Deutschland auf die Knie zu zwingen. Es wird ferner berichtet, daß die Polen in dem Deutschland entrissenen Teile Oberschlesiens bereits eine Schreckensherrschaft eingeführt haben. Die Anwesenheit vieler französischer Generäle, zusammen mit der Ankunft des Marschalls Foch in Warschau, trägt das übrige zu der Annahme bei, daß Polen im Interesse seines französischen Verbündeten aktiv eingreifen will.

Bonar Kabinett gibt Arbeiterpartei nach

London, 17. April. — Die Folgen der Vorgänge im Hause of Commons gestern Abend, wo es beinahe zu einem Tumulte kam, als die Arbeiter ihren Kampf um die Forderung gerechter Behandlung und feiner Zurücksetzung der früheren Soldaten im Regierungsdienst begannen, zeigten sich als der Chancellor of the Exchequer Baldwin als Sprecher für die Regierung vom hohen Roß herunterstieg und sich bereit erklärte, schleunigst eine Untersuchung der Verhältnisse der Ex-Soldaten zu veranlassen.

Dies war ein Eingeständnis, daß die Abstimmung gegen die Regierung am letzten Dienstag nicht nur zufällig war. Tatsächlich gibt die Regierung zu, daß sie wieder eine Niederlage erlitten haben würde, wenn sie es auf ein Vertrauensvotum über dieselbe Frage hätte ankommen lassen.

Was Deutschland bisher an Wiedergutmachung geleistet hat

Washington, 17. April. — Deutschland hat den Alliierten an Bargeld, Schiffen, Ländereien und verschiedenen Materialien im ganzen 100 Billionen Goldmark oder $20,000,000,000 in amerikanischem Gelde bezahlt, wie aus einem hier eingetroffenen Schatzamtsbericht der deutschen Regierung ersichtlich ist. Darin sind eingeschlossen: Verpflichtungen auf Elsaß-Lothringen; seit dem Waffenstillstand gelieferte Materialien, 29,394,000,000 Goldmark; Lieferungen von der nationalen Hauptstadt und laufende Produktion, 11,113,000,000; Barzahlungen, 2,140,000,000; andere Zahlungen und Lieferungen, 3,371,000,000; Schadenersatzforderungen in Deutschland, 10,482,000,000.

Sehnsucht nach Amerika im österreichischen Volke infolge der traurigen Zustände.

Wien, 17. April. — Die österreichische Auswanderung, während der meisten Zeit des Weltkrieges ganz unbedeutend, lebt rasch wieder auf. Alle Dampferagenturen, die früher in der österreichisch-ungarischen Hauptstadt vertreten waren, öffneten ihre Türen wieder zu Geschäften. Der Geldmangel allein verhindert einen Auszug aus Oesterreich in großem Maßstab. Auf die Frage nach dem Grunde dieses Auswanderungsfiebers, meinte der Sekretär einer Handelsgilde, er lasse sich in dem einen Worte „Verzweiflung" zusammenfassen. Junge und alte Leute, ausgebildete und nicht geschulte, Männer und Frauen, wollen fort und je früher, um so besser. Die Gelegenheit, wegzukommen, wird aber nicht von den Leuten benützt, für welche Platz in den Ver. Staaten und Südamerika ist, nämlich landwirtschaftlichen Arbeitern, Bergleuten und dergleichen. Die Leute, welche das Land verlassen möchten, sind ehemalige Offiziere des Heeres, Zivildiener, geschulte Fabrikarbeiter und Tausende von jungen Frauen aus gutem Stande, welche die Stellungen ihrer männlichen Verwandten in Geschäftshäusern oder Regierungsämtern während des Krieges ausfüllten. Sie wurden entlassen und haben wenig Hoffnung, ehrliche Beschäftigung zu Hause zu finden. Alle sind jedoch überzeugt, daß ihr Glück gesichert wäre, wenn sie nur nach den Ver. Staaten oder nach Südamerika zu kommen vermöchten.

Farmer stehen sich besser

Herr E. Oliver vom Schuld-Adjustierungs-Bureau der Provinz, berechnet die Gesamteinnahmen der landwirtschaftlichen Farmprodukte der Provinz Saskatchewan auf 287 Millionen Dollars. Er berechnet die Produktionskosten einschließlich der Unkosten für das Dreschen auf 187 Millionen Dollars, wovon 37 Millionen fürs Dreschen ausgegeben und 7 Millionen an Farmarbeiter ausgezahlt wurden. Das würde einen Ueberschuß von rund 100 Millionen Dollars bedeuten.

Herr Oliver bedauerte es, daß manche Farmer im allgemeinen noch niedergeschlagen und pessimistisch seien. Wenn die Lage der Farmer auch noch nicht rosig sei und noch lange nicht so gut als sie sein sollte, [illegible], so hätte sich ihre wirtschaftliche Lage doch sehr bedeutend in einem Jahr gebessert.

„Da sie am 100 Millionen Dollars hatten, um Schulden abzuzahlen, sind sie heute viel besser ab als zu Anfang des Jahres 1922 und die Gläubiger hatten soviel Geld mehr an Hand, um es wieder zirkulieren zu lassen", sagte er. „Während des letzten Winters sind auch weit mehr Steuern bezahlt worden. Auch ist viel abbezahlt worden an „Relief"-Schulden, die sämtlichen Munizipalitäten sind darum in viel besserer Finanzlage als sie seit 1917 gewesen sind. Die Zeit ist da, wo die Farmer mit einem Gefühl der Erleichterung in die Zukunft sehen können, denn sie hatten einen großen Teil der Schulden abgezahlt und können sich der Hoffnung hingeben, daß sie ihre Schulden alle werden tilgen können. Der Preis für Farmmaschinerie ist gesunken und ist jetzt ungefähr derselbe wie im Jahre 1915—16. Die Löhne der Farmarbeiter sind niedriger und werden mit großer Einwanderung weiter fallen. Wenn wir noch einige solche Ernten bekommen, werden die Farmer wieder [illegible] als je zuvor.

Es ist Tatsache, daß letztes Jahr weniger für unnötige Sachen ausgegeben wurde, als je zuvor. Der ganze Ueberschuß von der Ernte ist gebraucht worden, um Schulden zu zahlen."

Britisches Weltreich hält zwei Konferenzen.

London, 17. April. — Eine Reichswirtschafts-Konferenz und eine Reichs-Konferenz der Premiers, ähnlich der im Juni 1921 abgehaltenen, werden, wie heute durch Schatzkanzler Stanley Baldwin im Unterhause angekündigt wurde, am 1. Oktober in London zu gleicher Zeit beginnen. Herr Baldwin erklärte, er erwarte, daß Indien und die Dominionen bei der Verhandlung von Angelegenheiten, die für das Reich von [illegible] Bedeutung seien, repräsentiert sein würden.

Letzte Nachrichten

Ottawa. — Es wird erwartet, daß Finanzminister Fielding dem Parlament anfangs nächster Woche das Budget unterbreiten wird. Man ist gespannt, wie die Tariffrage im Budget behandelt wird, nämlich ob die Zölle herabgesetzt oder heraufgeschraubt werden sollen.

London. — In politischen Kreisen wird geglaubt, daß Premierminister Bonar Law in wenigen Wochen aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurücktreten und daß Lord Curzon sein wahrscheinlicher Nachfolger werden dürfte.

Ottawa. — Die vielbekämpfte Bewilligung von $1,850,000 für Einwanderungszwecke wurde vom Parlament angenommen, nachdem die verlangte Summe um $550,000 reduziert worden war.

London. — Schatzkanzler Baldwin teilte dem Parlament in seiner Budgetrede mit, daß Großbritannien infolge strengster Sparsamkeit im Staatshaushalte einen Ueberschuß von 500 Millionen Dollars im verflossenen Fiskaljahre zu verzeichnen gehabt habe, und daß dieser Betrag dazu verwandt worden sei, britische Schulden zu erniedrigen. Arbeiterführer MacDonald meinte, daß die Lebenskosten infolge der hohen Steuern noch immer zu hoch seien und kündigte an, daß die Arbeiterpartei für effektive Herabsetzung indirekter Steuern, dagegen für Erhöhung der Steuern auf Kapitalanlagen hinwirken werde.

Berlin. — Außenminister Rosenberg erklärte im Reichstag, daß der Ruhrkampf nicht um Kohlen und Holz ginge, sondern darum, ob die Ideale des Rechts und Friedens Fortschritte oder Rückschritte machen werden. „Deutschland ist willens, zu opfern und zu zahlen, was in seinen Kräften steht. Dies ist die wahre Bedeutung und zugleich die Grenze deutscher Verbindlichkeiten."

Urteil eines Canadiers über Jugoslavien

Vereinigte Staaten und Canada seien im Kriege elend belogen worden

London, 17. April. — Brigade-General F. E. Burnham von Winnipeg, Canada, der während des Krieges in der canadischen Armee diente, zuerst an der Westfront, später aber auf dem Balkan kämpfte, nach dem Waffenstillstand zum Direktor der Weißen Kreuz Mission von Canada ernannt wurde und als solcher auf dem Balkan wirkte, ist vor einiger Zeit in London eingetroffen, wo er über seine während des Weltkrieges gemachten Erlebnisse eine Reihe von Vorträgen hielt. Dieser Tage empfing Brigadier Burnham die Vertreter der englischen Presse, denen gegenüber er u. a. sagte:

„Die Bevölkerung der Ver. Staaten und Canadas wendet sich in bitterer Enttäuschung und in größter Entrüstung von dem sogenannten Friedenswerk ab. Die Zustände, die nach Beendigung des Krieges überall in Europa herrschen, entsprechen lange nicht jenem Ideal, das unseren Völkern vorgehalten wurde, als man sie bewog, am Weltkriege teilzunehmen. Wir sind elend belogen und betrogen worden. Wir werden es nicht lange untätig mit ansehen, wie Europa in einen Trümmerhaufen umgewandelt wird, sondern wir werden die gesamte öffentliche Meinung des ganzen gewaltigen amerikanischen Kontinents aufrütteln und entweder im Wege wirtschaftlicher Pressionen oder auf andere Weise aktiv eingreifen, um dem Treiben der sogenannten Sieger ebenfalls ein Ende zu bereiten."

„Ich komme," fuhr General Burnham fort, „soeben aus den Balkanländern. Die Erfahrungen, die ich dort gemacht habe, erinnern an eine Hölle wahnsinnig gewordener Teufel. Was man heute Jugoslavien nennt, ist ein blutiges Pandämonium auserwählter Grausamkeiten, Verfolgungen, der politischen Unterdrückung und der entsetzlichen Repressalien. Die Bevölkerung von Montenegro, die Albanier, die Mazedonier, die Bosniaken, Kroaten und Mohammedaner sind heute einig in dem tiefgehenden Hasse gegen die serbischen Unterdrücker, die die grausamsten, an das Mittelalter gemahnenden Methoden anwenden."

„Die Gefängnisse sind mit politischen Gefangenen derart überfüllt, daß diese Unglücklichen sich schichtenweise zur Ruhe begeben müssen. Die Luft in diesen Gefängnissen ist entsetzlich. In Montenegro allein wurden über 4000 Häuser in Brand gesteckt. Die Bevölkerung flüchtete in die Berge und führt dort einen erbitterten Guerillakrieg. Ich kenne einen Fall, daß eine aus 17 Montenegrinern bestehende Truppe ganze serbische Kompagnien in den Hinterhalt lockte und dort niedermachte. Diese Leute kämpfen mit dem Mute der Verzweiflung und wissen ganz gut, daß ihnen im Falle ihrer Gefangennahme die entsetzlichsten Todesqualen bevorstehen."

„Die auserwählten Martern, die die Serben diesen Gefangenen gegenüber anwenden, übertreffen alles, was ich bisher in dieser Hinsicht erfahren worden ist. Mir ist unter anderem der Fall eines gewissen Bulatovics bekannt, der in die Hände der Serben geraten war. Dieser Unglückliche wurde dreimal an den Galgen gebunden und jedesmal im letzten Augenblick wieder abgeschnitten, um durch diese unerhörte Tortur seine Leiden zu verlängern. Schließlich brach man ihm Beine und Arme, worauf ihm, aus dem noch nicht das Leben gewichen war, die Haut abgezogen wurde. Ein anderer Fall: Ein gewisser Milo... Vojovics wurde im Beisein seiner Familienangehörigen zuerst in der schrecklichsten Weise gefoltert, dann aber hingerichtet."

„Anläßlich des jüngst von den von Jugoslavien unterdrückten Völkerschaften in Mailand abgehaltenen Kongresses wurden diese Vorfälle, die übrigens gar nicht in Abrede gestellt werden, vorgebracht. Wenn wir daher auf dem Standpunkt stehen, daß Jugoslavien vom Erdboden verschwinden müsse, so verkünden wir damit nur ein Gebot der Menschlichkeit und der Zivilisation."

General Burnham schloß mit der Erklärung, daß er in ganz Canada Vorträge über seine Erlebnisse halten und die Bevölkerung über die auf dem Balkan herrschenden Zustände informieren werde.

Zwei erfolglose Attentate auf Premier Mussolini.

Paris, 17. April. — Zwei Versuche sind gemacht worden, den Premier Mussolini von Italien zu ermorden. Die Nachricht wurde unter Zensur gestellt und durfte nicht außerhalb Roms verbreitet werden.

Zum Ruhrkampf

Ergebnislosigkeit französischer Besetzung. — Trotzdem verüben Söldner weitere Gewalttaten. — Passiver Widerstand der Deutschen unerschütterlich.

Die Ergebnisse der drei Monate Ruhrbesetzung.

Berlin, 17. April. — Letzten Freitag begann der vierte Monat des passiven Widerstandes und Kampfes der Deutschen gegen die Franzosen, die das Ruhrgebiet noch heute besetzt halten. Aus amtlichen Berichten geht hervor, daß während dieses Zeitraumes vielen Menschen das Leben genommen worden ist, trotzdem die Franzosen ausdrücklich erklärten, als sie einzogen, daß die Besetzung nur ein kommerzieller Schachzug sei, durch Frankreich die Zahlung der den Deutschen auferlegten Reparationssummen auf friedliche Weise zu erzwingen. Heute stehen die Namen von 50 Deutschen auf dieser Totenliste, auf der die Namen von neun Regierungsbeamten, 34 Arbeiter, einem 14jährigen Jungen und einem acht Jahre alten Mädchen ebenfalls niedergeschrieben worden sind.

Ueber 2,500 Familien, die in der besetzten Gegend wohnen, sind von den Franzosen aus ihren Wohnungen vertrieben worden, und es wird berechnet, daß wenigstens 10,000 Personen zu diesen Familien gehören. Erst heute wurden noch 100 Familien aus der Umgegend von Koblenz vertrieben. Nahezu 50,000 Schulkinder sind nach dem Innern des Landes geschickt worden. Die Unkosten dieser Besetzung, die von den Deutschen bezahlt werden müssen, werden auf etwa eine Trillion Mark berechnet. Bezüglich dieser Vorgänge erklärte Prof. Loebe, der Präsident des Reichstages, daß der Unterdrücker anscheinend den Versuch machen wollte, durch anhaltende Beleidigungen und Verdemütigungen den Deutschen die Nacken zu beugen, was ihnen aber nicht gelingen wird. Im Gegenteil, fügte Prof. Loebe hinzu, trage diese Behandlung nur dazu bei, uns noch härter und entschlossener zu machen.

Aus amtlichen Archiven geht hervor, daß die Franzosen im Zeitraume vom 11. Januar bis zum 31. März im ganzen nur 280,000 Tonnen Kohlen aus dem besetzten Gebiete bekommen haben. Hätten die Franzosen dieses Gebiet nicht besetzt, so hätten die Franzosen laut dem Friedensvertrage während dieses Zeitraumes 4,200,000 Tonnen Kohlen bekommen.

Zwei Jahre Gefängnis, weil er Franzosen Schulbäder verweigerte.

Essen, 17. April. — Kanzleirat Kunz wurde zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Geldbuße von 5,000,000 Mark verteilt, weil er sich geweigert hatte, den französischen Soldaten Duschbäder, die von Schulkindern benutzt werden, zur Verfügung zu stellen.

Weitere Gewaltmaßregeln der Franzosen.

Berlin, 17. April. — Die Ruhrbewohner mußten für die Demonstration büßen, welche sie anläßlich der Beerdigung der 13 Opfer des Aufruhres in den Kruppschen Werken veranstaltet hatten. Mit Ausweisungen, Geldstrafen und Drohungen des Standgerichtes mußten sie für diese Kundgebung zahlen. Aus den Berichten, die von verschiedenen Ortschaften einliefen, läßt sich die Sachlage in den folgenden Orten ersehen: in Essen ist ein weiteres Opfer des Sturmes auf die Kruppschen Werke, der von französischen Maschinengewehren gemacht wurde, gestorben; in Woltrop wurde ein junges Mädchen namens Elisabeth Zeugmann von einem französischen Soldaten erschossen; in Frankfurt nahmen die Franzosen weitere Ausweisungen vor, eine zweite Bahnarbeiterkolonie in der Nähe von Trier wurde besetzt, und an 200 Familien wurden auf die Straßen getrieben; in Trier erhielten 40 Bahnarbeiter den Auftrag, für die Franzosen zu arbeiten oder sich einem Militärgerichte zu stellen; in Koblenz wurden 40 Arbeiter mit ihren Familien auf die Straße gesetzt; der Stadt Duisburg wurde eine Geldbuße von 75,000,000 Mark auferlegt; der Bürgermeister und andere höhere Persönlichkeiten wurden als Geiseln genommen. Der Staatssekretär Hamm, welcher von den Franzosen verhaftet wurde, als er sich auf der Fahrt nach Essen befand, wo er den Kanzler Cuno bei der Beerdigung der 13 Opfer des Aufruhrs vertreten sollte, ist mit der Warnung wieder freigelassen worden, sich sofort davon zu machen.

Bahnbrücke zwischen Buer und Hassel gesprengt.

Köln, 17. April. — Ein ernster Versuch, die französische Eisenbahnverbindung zu [illegible], wurde gemacht, als eine Brücke zwischen Buer und Hassel in die Luft gesprengt wurde. Die Brücke befindet sich auf der Linie, die benutzt wird, um französische Militärzüge zu befördern. Keine Einzelheiten wurden veröffentlicht, aber die Franzosen schlossen die Linie und stellten Militärposten auf. Im Laufe des Tages wurde der Bürgermeister von Buer benachrichtigt, daß der Stadt eine Geldstrafe von 50,000,000 Mark und ein Curfewgesetz, gemäß welchem alle Personen abends zu einer gewissen Stunde von der Straße sein müssen, auferlegt sei. Die Stadt Duisburg wurde um 75,000,000 Mark bestraft, als Wiedervergeltung für angebliche Sabotage.

Erste russische Getreidesendung für Ruhrgebiet angelangt.

Bochum, 17. April. — In Bochum wurden die ersten Waggonladungen Getreide verteilt, das aus Rußland fürs Ruhrgebiet geschickt worden ist; die Sendung kam mit der Bahn von Hamburg, wohin zur See noch weitere Sendungen unterwegs sein sollen. Die Sendung wurde in Bochum feierlich auf dem aus diesem Anlaß mit Flaggen geschmückten Markt-Platz verteilt.

Katholiken von Wesel und Emerich wenden sich an Papst.

Köln, 17. April. — Die Katholiken in Wesel und Emerich im belgischen [illegible], wie aus deutschen Quellen gemeldet wird, sich an den Papst mit der Beschwerde darüber gewandt, daß die Militärbehörden ihre Kirchtürme dazu benutzen, Funkstationen auf ihnen einzurichten.

Eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers.

„Deutschland ist bereit, als gleichberechtigte Nation in Verhandlungen zu treten, aber das Endziel der Verhandlungen muß dauernder Frieden und Freiheit sein," so erklärte Kanzler Wilhelm Cuno in seiner Ansprache im Reichstag während der Gedenkfeier für die Kruppschen Arbeiter, die von den Franzosen in Essen erschossen wurden.

„Die deutsche Erde, in welche die Toten in Essen gebettet werden, muß frei von Feinden sein," erklärte er. „Deutsches Gebiet und deutsche konstitutionelle Rechte müssen unangetastet bleiben.

„Die Essener Opfer symbolisieren die Leiden der Deutschen. Ihr einziges Verbrechen war, daß sie Deutsche sein wollten. Nicht die gehorsamen Werkzeuge" — womit er die Soldaten meinte — „sondern die französischen Führer trifft die Verantwortung für dies Blutbad.

„Im Namen der Toten fragen wir die Nationen der Welt, wie lange diese wahnsinnige Mißhandlung der Ruhrbevölkerung noch dauern soll?

„Wir Deutsche haben fortwährend eine Verständigung angestrebt, wir haben Frankreich Sicherheiten angeboten, es hat sie aber nicht angenommen.

„Sogar noch als der Feind schon innerhalb unserer Grenzen stand, bewiesen wir unseren Wunsch nach einer Verständigung dadurch, daß wir die Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs als unsere eigenen erklärten.

„Heute angesichts der Gräber unserer Toten sind wir immer noch bereit, in freie Verhandlungen einzutreten, die zu einer Verständigung führen. Die Reparationen müssen auf ein Maß reduziert werden, daß sie auch erfüllt werden können."

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Aus der Dominion. — Zum Ruhrkampf. — Neueste Nachrichten aus aller Welt. — Letzte Nachrichten.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Zur Unterhaltung und Belehrung.
S. 3—[illegible] — Die französischen [illegible]. — [illegible]
S. 4—Aus canadischen Provinzen.
S. 5—Zum Ruhrkampf. — Fortsetzung der Nachrichten von Seite 1.
S. 6—Für die Kinder. — Für die Hausfrau. — Für unsere Farmer.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter".
S. 8—Regina und Umgegend.
S. 9—Alberta-Nachrichten. — Allgemeines. — Für kath. Leser. — Volksvereins-Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Klassifizierte Anzeigen des Courier. — Allgemeines.
S. 12—Die Schlacht am [illegible]. — Die [illegible] von Irland.